

Erklärung zur Gründung eines Komitees für Grundrechte und Demokratie

Betriebsräte werden fortlaufend vom Verfassungsschutz überprüft. Aber nicht nur Betriebsräte. Der Zugriff des Verfassungsschutzes reicht prinzipiell zu jedem Arbeitnehmer mit Folgen, die der Betroffene häufig selbst gar nicht mehr erfährt.

Die Berufsverbote sind durch den Beschluß des Bundeskabinetts vom 19.1.1979 nicht abgeschafft worden, auch nicht in den SPD/FDP-regierten Ländern. Sie haben etwas an öffentlichem Profil verloren, aber die Berufsverbote als ein innerbürokratisches, weit über den staatlichen Bereich hinausreichendes System zur Abschreckung aller Arten von kritischen Bürgern bleiben.

Hochsicherheitstrakte werden eingerichtet. Sie sollen angeblich Terroristen in sicherem Gewahrsam halten. Tatsächlich sind sie ein Symptom für die nach wie vor unhaltbaren Zustände im Strafvollzug insgesamt. Darüber hinaus zerstören diese Hochsicherheitstrakte in ihrer inhumanen Einrichtung als Teil einer technologischen Beherrschung des Menschen die Persönlichkeit der Betroffenen.

Das ursprünglich vorgesehene Programm zum Ausbau von Atomkraftwerken ist gegenwärtig verzögert. Die AKW-Opposition aus der Bevölkerung hat dies immerhin erreicht. Dennoch wird der Bau dieser Werke nicht nur weiter geplant, sondern weiter nach und nach vollzogen. Mit den Scheinargumenten, Kernenergie sei unverzichtbar und Arbeitsplätze und Wohlstand würden so gesichert, soll die Opposition zurückgedrängt und über die Gefahr hinweggetäuscht werden, daß in der Bundesrepublik ein atomarer Polizeistaat in Gang gesetzt wird, wie hintergründig dessen Kontrollen im einzelnen auch sein mögen.

Die Rasterfahndung, die eben als rechtens erklärt worden ist, demonstriert schlaglichtartig die in moderner Datenverarbeitung und ihrem geheimdienstlichen Gebrauch steckenden Gefahren. Hier wird nicht mehr der Bürger gesichert. Die Integrität des Bürgers wird aufgelöst, jedenfalls dauernd durch-

brochen, um im Namen bürgerlichen Schutzes die Staatssicherheit herzustellen, die fälschlicherweise mit Bürgersicherheit gleichgesetzt wird.

Nicht nur solche aktuellen Gefahren, deren Zahl kaum noch überblickbar ist, man denke nur an die nicht endende Kette der Verfassungsschutz- und Geheimdienstskandale der letzten Jahre, haben am Wochenende des 9. und 10. Februar 1980 Wissenschaftler, Publizisten, Gewerkschafter, Juristen u.a. dazu veranlaßt, ein Komitee für Grundrechte und Demokratie zu gründen. Strukturelle Entwicklungen in der Verbindung von Technologie, Wissenschaft und Machtkonzentration gefährden die Freiheit und Handlungsfähigkeit jedes einzelnen in einer Weise, daß nur die rechtzeitige und fortlaufende Aufdeckung dieser Tendenzen und entsprechende Gegenaktivitäten eine Chance bieten, die Grund- und Menschenrechte als Aktivrechte für jeden einzelnen auch nur in ihrer gegenwärtigen kümmerlichen Gestalt in Betrieb und Schule, in der eigenen Wohnung und auf der Straße zu erhalten.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie macht es sich zur Aufgabe, solche aktuellen und strukturellen Gefahren, zusammen mit anderen Organisationen, die eine ähnliche Zielrichtung haben, namhaft zu machen, die Öffentlichkeit zu informieren und Betroffenen zu helfen. In einem Lande, das dazu neigt, die Staatssicherheit an die Stelle der Sicherheit aller Bürger zu setzen, muß mehr denn je für Grundrechte und Demokratie als praktische Rechte für jeden einzelnen geworben und gekämpft werden. Das Komitee nimmt die Grundrechte als Menschenrechte aller wörtlich. Es wird seine Aufgaben u.a. in folgender Weise erfüllen:

- Arbeitsgruppen, die jedermann zur Mitarbeit offenstehen, werden verschiedene Problembereiche wie Datenschutz, polizeiliche Kontrolle von Bürgerinitiativen usw. untersuchen, so daß die Gefahren präzise benannt und dokumentiert werden können;

- mit Hilfe dieser und anderer Dokumentationen, wie z.B. Gegenberichten zu den offiziellen und skandalösen Berichten des Verfassungsschutzes, wird die Öffentlichkeit informiert werden; ohne solche Gegeninformationen gerade im Sicherheitsbereich ist die Öffentlichkeit verloren, weil sie fortlaufend unzureichend, ja fehlinformiert wird;

- zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen, die eine ähnliche, wenn auch im einzelnen andere Zielsetzung verfolgen, sollen immer erneut einzelne Probleme und Fälle verfolgt werden; dadurch wird auch deutlich gemacht werden, daß es der Anstrengung aller bedarf, gegen die aktuellen und potentiellen Gefahren anzugehen;

- neben der Aufgabe der Gegeninformation, die in Zeiten der Datenverarbeitung zur Existenzfrage eigener Bewußtseinsbildung und eigenen Verhaltens wird, wird auch Rechtshilfe erforderlich für alle diejenigen, die in ihren Grund- und Menschenrechten eingeschränkt werden und ihre Rechte nicht zureichend wahrzunehmen vermögen;

- schließlich macht das Komitee sich zur Aufgabe, auch denjenigen zu helfen oder Hilfe anzubieten, die, sei es durch Berufsverbot, sei es durch andere Repressionen, isoliert zu werden drohen und oftmals ihr Leben lang unter den Folgen eines repressiven Zugriffs zu leiden haben.

Das Komitee wird sich in nächster Zeit u.a. folgender Probleme vorrangig annehmen, hier entsprechende Untersuchungen vornehmen, die Öffentlichkeit informieren und gegebenenfalls zu bestimmten Aktionen aufrufen:

1. Die Berufsverbote, mit denen sich die meisten, auch ein Gutteil der vormals kritischen Presse häuslich eingerichtet hat, sind in ihrer gegenwärtigen Wirklichkeit und Wirksamkeit erneut der Öffentlichkeit vorzustellen. Bereits in den nächsten Monaten sind die Herausgabe einer Fall-Dokumentation mit Analyse und verschiedene Aktionen geplant.

2. Die Situation der Gefängnisse im Normalvollzug, nicht nur bei den sogenannten politischen Gefangenen, ist ein Skandal. Ausgehend von der neuerlichen Einrichtung der Hochsicherheitstrakte werden hier gründliche Untersuchungen angesetzt werden.

3. Die Bürgerinitiativen, das belebende Element der vertrockneten Demokratie in der Bundesrepublik während der letzten Jahre, werden mit einer

Reihe von Mitteln in ihrem Wirkungsgrad einzuschränken versucht. Am speziellen Problem Demonstrationsfreiheit und präventiver Polizeischutz wird zuerst ein Teilaspekt dokumentiert werden. Späterhin werden auch so drängende Fragen wie die, was Grund- und Menschenrechte im Bereich physischer Umwelt konkret bedeuten, aufzugreifen sein.

4. In der Bundesrepublik werden die Grundrechte in der Regel ungeheuer verengt interpretiert. Als ob sie nur gegenüber staatlichen Institutionen gelten, als ob sie gar vom Staat verliehene und daher je nach Lage einschränkbare Rechte wären. Grund- und Menschenrechte sind aber universelle Rechte. Sie gelten auch im Betrieb oder in anderen formell privaten, längst vermachteten und vom Staat mit einem Regelungsnetz überzogenen Bereichen. Deshalb wird das Komitee gerade zum Thema Menschenrechte im Betrieb eigens Untersuchungen ansetzen.

5. Grund- und Menschenrechte galten lange als Männerrechte. Obwohl sich die rechtliche Situation verbessert hat, läßt sich auch heute zeigen, daß Frauen in einer Reihe von Bereichen systematisch negativ privilegiert werden. Deswegen wird das Komitee auch in dieser Sache untersuchen und informieren.

Grund- und Menschenrechte sind unteilbar. Innerhalb einer Gesellschaft und international. Das Komitee wird im Rahmen seiner Kräfte kein Thema von vornherein vermeiden. Klar und eindeutig ist nur, daß das Komitee den Maßstab der Grund- und Menschenrechte unverbogen anwenden wird. An diesem Maßstab wird die Arbeit des Komitees selbst zu messen sein. Klar und eindeutig ist auch, daß das Komitee nur dann und nur insoweit Stellung nehmen wird, wenn einzelne Fälle, systematische Verletzungen von Grundrechten oder gegenwärtige und zukünftige Gefährdungen unmißverständlich belegt und gezeigt werden können. Angesichts der schon genannten aktuellen Gefahren und potentiellen Gefährdungen ist eine solche gründliche, maßstabklare Arbeit eine Forderung des Tages, der sich jeder Mann stellen sollte. Wer mit dieser Zielsetzung und Vorgehensweise einverstanden ist, ist zur Mitarbeit aufgefordert!

Frankfurt, 10. Februar 1980

Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal